

Anlage 3

Rede zur Aktuellen Debatte - Stadtratssitzung am 22. Februar 2009 "Auswirkungen von Hartz IV auf die Landeshauptstadt Magdeburg"

Jens Ansorge
CDU-Stadtrat und Vorsitzender des Stadtrates der
Landeshauptstadt Magdeburg

[Es gilt das gesprochene Wort]

Herr Oberbürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Thema der Aktuellen Debatte die Auswirkungen von Hartz IV auf die Landeshauptstadt Magdeburg. Wir haben von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, eine Erklärung des Sozialsystems bekommen und haben erfahren, dass die Kosten, die Menschen die aus der Finanzierung der Arbeitslosigkeit herausgefallen sind in Höhe von 8,8 Mio. € und den Stadthaushalt Magdeburg prognostisch im Jahr 2009 belasten, Sie auch sehr belasten, wie uns auch. Wir haben es in den Haushaltsberatungen bereits zur Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren, ich habe meine Redemanuskript gleich oben gelassen. Ich werde mich mal auf den Schwerpunkt Aktuelle Debatte beziehen und werde auf meine Vorredner eingehen. Das erscheint mir jetzt am sinnvollsten nach der Vorgabe, die wir bekommen haben, denn die Systemerklärung des Sozialsystems, da lassen Sie mich kurz eine persönliche Erfahrung einfließen, ich bereits vor 15 Jahren tätigen konnte. Ich bin dort im Auftrag der Pharmazeutischen Industrie der Ex-DDR, also sozusagen der Nachfolgebetriebe, oft in Bonn gewesen. Es ging da eigentlich um die Nachzulassung der DDR-Arzneimittel und hatte die Gelegenheit, weil aus dem Osten kommend und vielleicht nicht so häufig in den Bonner Ministerien zu Besuch, mit der Arbeitsebenen unterhalb des Staatssekretärs etwas ins Gespräch zu kommen. Man war dort am Ausarbeiten von grundlegenden Ideen zur Änderung des Gesundheitssystems, des Rentensystems und des Sozialsystems. Das ist wie gesagt gut 15 Jahre her. Beim Rentensystem habe ich für mich persönlich gleich die Erkenntnis gezogen, da muss man privat was machen, vom Sozialsystem habe ich damals noch nichts verstanden und das was mir damals zum Gesundheitssystem vorgestellt worden ist, ist nach wie vor meine fest Grundüberzeugung, das müssten die grundfesten sein, nach dem wir unser Gesundheitssystem organisieren müssen. In der damaligen Regierung

Kohl hat niemand den Mut gehabt, diese Dinge weiter zu entwickeln oder in der Öffentlichkeit zu besprechen. Dann hat Gerhard Schröder einen Wahlsieg errungen und hat sich vier Jahre über diesen Sieg gefreut. So ist mein Resümee aus heutiger Zeit, denn in diesen vier Jahren ist grundsätzlich an diesem grundsätzlichen Problem der Bundesrepublik der 90er Jahre nicht gearbeitet worden. Es ist dann gearbeitet worden Stichwort AGENDA 2010, weil erkennbar war, dass die Finanzierung dieser Sozialsysteme so nicht weitergehen kann. Es muss grundlegendere Reformen geben. Man hat sich leider nicht der Sachkenntnis, die ja offenkundig in dem Ministerium vorhanden war, allein bedienen wollen, man also externe Sachverständige genommen und einer hat nun seinen Namen dafür hergegeben, der Herr Hartz und es ist leider und ich muss es sagen, leider sehr unter Zeitdruck zu einer Gesetzgebung gekommen, die vom Grundsatz und von der Grundannahme her sicherlich in die richtige Richtung zielen sollte, aber handwerklich ausgesprochen zu wünschen übrig lässt. Und seit dieser Zeit wird also an dieser Grundlage mit ihren handwerklichen Mängeln herumgedoktort und herumgefeilt und wir haben heute vom Oberbürgermeister auch Vorschläge gehört, die im Prinzip das Herumdoktern an Symptomen besprechen zum Teil und nur zum Teil grundlegende Probleme aufwerfen. Wir haben jetzt im Jahr 2009 einige kleine handwerkliche Korrekturen erfahren, die auch Auswirkungen natürlich auf den Haushalt unserer Landeshauptstadt haben. Es ist sicherlich zum Teil von Vorteil, dass Wohngeldansprüche aus dem Sozialleistungsbezug herausgenommen werden, um einfach die Kosten die Unterkunft verursachen, bezahlbar zu gestalten und Zuschüsse zu geben. Für die Betroffenen mag das ja in Ordnung sein. Wir haben jetzt erfahren, dass Heizkostenzuschüsse vom Bund finanziert bezahlt werden, das ist für die Kommune nicht schlecht, Herr Dr. Hildebrand hat's als zum kritisieren dargestellt und hat als Gegenvorschlag gemacht, na dann müssten wir eben einfach den Wohnraum so gestalten, dass die Betriebskosten einfach in der Höhe nicht anfallen. Das hört sich logisch an, aber Herr Dr. Hildebrand solche Dinge sind mit Investitionen verbunden, das ist ja klar und Investitionen kosten Geld und entweder ist das auch ein Zuschuss, den der Bund bezahlt, dann ist es linke Tasche rechte Tasche, oder die Eigentümer der Wohnungen müssen die Investitionskosten irgendwie refinanzieren, und dann kommen sie auch irgendwie auf die Sozialhilfeträger zu. Das ist doch auch nur ein scheinbar formeller Akt, der das Problem grundsätzlich nicht löst, ist meine Auffassung dazu.

Problem Mindestlöhne. Auch das hört sich vordergründig so an, wenn uns hier vorgerechnet wird im Schnitt 7,50 €/Std. ist ein Lohn, wo also grundsätzlich ein Kehrpunkt derer ist, die dann Hartz-IV-Empfänger sind. Das hört sich logisch und richtig an. Das ist OK. Aber so wie unser Stadtratkollege Stage immer schon eingefordert, er bestreitet, dass die Senkung von irgendwelchen Kostenmindereinnahmen bewirkt, würde ich mal sagen, ohne dass ich es beweisen kann oder will, dass die Einführung von Mindestlöhnen grundsätzlich und pauschal das Problem so löst, wie sie es beschrieben haben. Dann müsste doch man mal hinterfragen, was das eventuell bedeuten kann, wenn in bestimmten Branchen deutlich mehr

Löhne bezahlt werden müssen, als zur Zeit, dann wäre doch vorstellbar, dass das zu einer Verminderung der Arbeitenden führen könnte und dann wäre vorstellbar, dass das wieder Kosten verursacht, die sich vielleicht paritätisch die Waage halten oder vielleicht sogar höher sind. Ich weiß es nicht, ich habe diese Berechnungen nicht angestellt und auch die Zahlen, Herr Oberbürgermeister, die sie hier vorgelegt haben, ich seh und hör sie wohl, hinterfragen würde ich so manches vielleicht in seinen Auswirkungen.

Wo ich mit ihnen übereinstimme ist, dass das Grundanliegen der Hartz-IV-Unterstützung denen gelten sollte, die eigentlich temporär keine Arbeit haben. Dazu ist es gedacht und dazu sollte es sein und da sollte es auch wieder hingeführt werden. Und dass es ein Hilfebedarf, ein Aufstockungsbedarf für sogenannte Geringverdiener gibt. Das ist sozusagen ein Zuschuss der Kosten für die Unterkunft gedacht. Das kann auch anders heißen, das kann man so machen. Das ist richtig. Dann haben sie angemahnt die Einführung von Sachleistungen als Sozialleistungen, das habe ich bereits betont bei der letzten Debatte zu diesem Thema, würden wir sehr begrüßen, dass also sachgerechte Unterstützung dort hinkommt wo sich auch tatsächlich erforderlich ist und nicht umgewidmet werden kann und sie haben die SV-freien Jobs angesprochen und da muss ich auch sagen, ich kann mich an die Diskussion als es eingeführt worden ist, sehr gut erinnern. Man hat sich dort sehr positive Effekte für die Wirtschaft versprochen, man hat sie auch proklamiert. Nun müsste man mal hinterfragen, wo es nun tatsächlich und grundsätzlich steht. Mag sein, dass man zu der Erkenntnis kommt, jawohl die Einführung war OK. Mag auch nicht sein. Kann ich nicht beurteilen an dieser Stelle, aber das sind alles so grundsätzliche Fragen, denen mal jetzt eine klare Antwort dem deutschen Volk eigentlich mal schuldig ist. Das muss ich einfach mal sagen.

So. So ein paar Ideen, wie man so an Symptomen herumdoktern kann, hätten wir auch. Ich möchte mal eins jetzt nur hervorheben. Der Bund hat ja seine Zuschüsse doch reduziert und vor alle dem hat er seinen Verwaltungskostenanteil an der Finanzierung der ARGE festgeschrieben und da Verwaltungskosten variable Kosten sind, kann das also auch bedeuten, dass da eine höhere Belastung auf die Landeshauptstadt zukommt. Ich würde denken es wäre fair zu fordern, dass es ein Budget für diese Kostengröße gibt, in dem man sich zu bewegen hat und dass das für uns also auch eine bemessbare und berechenbare Größe wird.

Meine Damen und Herren, diese Thematik wird uns noch recht lange und weiter verfolgen. Die grundsätzliche Lösung ist ganz einfach, eine Arbeitsstruktur in unserem Land zu schaffen, die jedem grundsätzlich die Möglichkeit gibt, entsprechend seiner körperlichen, geistigen und Ausbildungsfähigkeiten das zu verdienen, was ihm zum Lebensunterhalt notwendig ist und ihn zu motivieren, dies auch zu tun. Ich denke das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Ich danke ihnen

